

Bezugspreis:

Wöchentlich 21.- Mk., monatlich 7.- Mk., für ein Jahr 72.- Mk., ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis:

Die abgegebene Kennzahl ... Die abgegebene Kennzahl ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moravian, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 27. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moravian, Nr. 11753-54.

Wahlen in Dänemark.

Niederlage der Radikalen.

Kopenhagen, 27. April. Gestern fanden die Wahlen zum Folkething statt. Nach dem vorläufigen Ergebnis wird sich das Folkething wie folgt zusammensetzen: Konservative Partei 28 Mandate, Gewinn 6 Mandate; Partei der Linken 48 Mandate, Gewinn 4 Mandate; Radikale Partei 17 Mandate, Verlust 16 Mandate; Sozialdemokraten 42 Mandate, Gewinn 3 Mandate; Erwerbspartei erhält 4 Mandate, Gewinn 3 Mandate. Die Wahlen bedeuten eine Niederlage der radikalen Partei, die das Ministerium gestützt hatte.

Kopenhagen, 27. April. Auf Grund des Wahlergebnisses erwartet man die Bildung einer Regierung der sog. „Linken-Moderaten“.

Die Erklärung der Entente.

Die Erklärung der Entente, die den Niederschlag der Besprechungen von San Remo über das deutsche Problem zusammenfasst, liegt nunmehr im Wortlaut vor. Sie stimmt im allgemeinen mit den bereits veröffentlichten Auszügen überein. Hinzuzufügen ist nur noch, daß die Entente ausdrücklich vermerkt, Deutschland habe „weder Genugtuung gegeben, noch sich entschuldigt für die Anschläge, die wiederholt auf Mitglieder alliierter Missionen verübt wurden“.

„Wenn man zu einer noch jeder Hinsicht befriedigenden Regelung gelangt, werden die alliierten Regierungen geneigt sein, mit den deutschen Vertretern alle Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen.“

Die Krise in Jugoslawien.

Zu den Vorgängen in Jugoslawien gibt uns ein in Berlin weilender jugoslawischer Parteigenosse folgende Aufklärungen:

Verlässliche Nachrichten besagen, daß in Subotica (Sagabka), bekanntlich eine der größten Städte des ehemals ungarischen Komitates Banat-Bacska-Baranya jetzt Vojvodina, unter den Magnaten ein Aufstand ausgebrochen ist. 3 Polizeibeamte sind getötet und viele Personen schwer verwundet; die Führer der Revolte sind bereits von den Behörden ergriffen und beträchtliche Waffendepots entdeckt und beschlagnahmt worden.

Aus diesen Nachrichten kann man bisher noch nicht schließen, ob man von einem Generalstreik auf den Eisenbahnen sprechen darf, oder, was wahrscheinlicher ist, nur von großen Teilstreiks auf jenen Linien Vojvodina, Kroatien-Slawonien), wo zum großen Prozentsatz Magyaren in Ermangelung jugoslawischer Personalien den Verkehr aufrecht erhalten. Dagegen ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß es sich hier um nationalpolitische Bestrebungen der magyarischen Elemente zwecks Rückverleibung Südbanats an das Kaiserreich handelt — bloß unter kommunistischer Maske, was um so paradoxer ist, da in Ungarn der weiße Schrecken wütet.

Wie bekannt, verlangen die Magnaten, bevor sie den ihnen von der Entente präsentierten Friedensvertrag unterschreiben, daß in den durch die Successionsstaaten und Rumänen okkupierten Gebietsanteilen durch Volksabstimmung die Staatszugehörigkeit entschieden wird. Der Aufstand ist als Demonstration für Ungarn aufzufassen.

Im gegenwärtigen Kabinett, aus Mitgliedern der serbischen Radikalen, des kroatischen Nationalclubs und der slowenischen Liberalen zusammengesetzt, kriselt es schon seit zwei Monaten, d. h. seit der Ernennung, und da bedurfte es nur einer äußeren Veranlassung, um es zum Falle zu bringen; ein breiteres Koalitionsministerium im Verein mit dem Demokratisch-sozialistischen Block dürfte folgen.

Die Ausrufung der Republik in diesem Augenblick kann ich aber — trotz der unläugbaren Fehler, die der Hof in den letzten Jahren beging — kaum glauben; noch weniger an einen kommunistischen Staatsstreich.

Reichswehr in Verhandlungen einzutreten. In dieser Hinsicht ist es von Interesse, daß die französische Presse noch immer unter dem Abdruck eines sich heimlich zu neuen Kriegen rüstenden Deutschland leidet. Man erkennt jetzt an, daß die Gesamtziffer der im Ruhrgebiet liegenden Truppen auf das erlaubte Maß herabgesetzt wurde, glaubt jetzt aber die Gefahr darin sehen zu müssen, daß trotz Verminderung des inneren Bestandes der Einheiten, die Zahl der einzelnen Einheiten über das Jugendschicksal hinausgehen. Die Deutschen wollen Cadres behalten, in die man beim ersten Signal eine Menge Freiwillige einstellen kann.“

Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns gemeldet: Bis Montag lagen beim Bergarbeiterverband die Resultate der Betriebsrätewahlen vor. Danach haben erhalten: Der Bergarbeiterverband 31 643 Stimmen und 482 Mandate, der christliche Gewerbeverein 15 222 Stimmen und 134 Mandate, die christliche Berufsvereinigung 6512 Stimmen und 51 Mandate, der Christlich-Sozialer Gewerbeverein 440 Stimmen, kein Mandat, die Unionisten, Freie Vereinigung, Syndikalistin usw. 24 651 Stimmen und 243 Mandate. Zu der letzten Gruppe ist zu sagen, daß die Zahl ihrer Stimmen und Mandate durchaus nicht der absoluten und relativen Organisationsstärke dieser Gruppe entspricht. Auf eine erhebliche Zahl von Gruben haben Belegschaftsvereinigungen entgegen den Anweisungen der Verbandsleitungen ausgeproben parteipolitische Kandidatenlisten aufgestellt, wobei lokale Führer der U. S. P. D. die Treiber waren. „Von da bis zu „gemeinsamen Listen“ der U. S. P. D. und der S. P. D. war nur ein Schritt. Auf diese Wahlmächtlern ließen sich auch nicht wenige Mitglieder des Bergarbeiterverbandes als „gemeinschaftliche Kandidaten“ nennen; man nominierte sogar unorganisierte und Belegschaftsmitglieder, die sich als „Elbe einen Namen“ gemacht haben. Es führt also durchaus irrt, wenn man die 24 651 Stimmen und 243 Mandate den „Unionisten“ zuschreibt.

Er hat's nicht nötig.

Der stolze Admiral v. Levetzow.

Der „Lokal-Anzeiger“ bringt eine Darstellung der Kieler Vorgänge in der Zeit des Kapp-Putsch, die in der deutlichen Tendenz verfaßt ist, die abgesetzten Offiziere zu rechtfertigen und die regierungstreuen Mannschaften ins Unrecht zu setzen. Dabei muß das reaktionäre Blatt aber doch folgendes in seine Schilderung einfließen:

Um 5 Uhr 30 Min. vormittags haben Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, unter ihnen Dr. Jeller, den Stationschef telefonisch gefragt, wie er sich zu dem Staatsstreich in Berlin stelle; Admiral v. Levetzow hat eine Antwort auf diese Frage verweigert, da er sich nicht verpflichtet und berechtigt fühlte, einzelnen ihm persönlich unbekanntem Mitgliedern einer Partei Auskunft über sein Verhalten als Militärbefehlshaber zu geben.

Ein Admiral, der im kritischen Moment auf die Frage, zu wem er stehe, stolz die Antwort verweigert, ist allerdings eine überaus vertrauensinspizierende Erscheinung.

Inzwischen trifft aus Kiel die Meldung ein, daß der stolze Admiral v. Levetzow in Schanghai genommen worden ist und sich zurzeit auf dem Wege nach Leipzig befindet, wo er sich vor dem Reichsgericht zu verantworten haben wird falls er sich nicht auch zu dieser Verantwortung „nicht verpflichtet fühlen“ sollte.

Ein eigener Bericht meldet uns aus Kiel noch: Die bürgerliche Presse, besonders die „Völkische Zeitung“ und der „Lokal-Anzeiger“, haben Nachrichten verbreitet, die auf den gleichen Ton gesimmt sind, wie die Auslassungen des früheren Reichswehrministers Roske im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung. Aus den bürgerlichen Pressemeldungen kann die Bevölkerung im Reiche herauslesen, daß bei der Marine in Kiel alles drunter und drüber geht und daß der ausgesprochenste Bolschewismus dort herrsche. Diese falschen Meldungen werden offensichtlich von den heurlauten Offizieren in die Presse lanciert zu dem Zweck, ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen. In Wirklichkeit sind die gegenwärtig in Kiel herrschenden Zustände die denkbar besten. Die Disziplin ist unter Leitung der jetzigen Offiziere besser als unter der früheren Admiralität. Die Marine lebt und begehrt, ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen. In der Wirklichkeit sind die gegenwärtig in Kiel herrschenden Zustände die denkbar besten. Die Disziplin ist unter Leitung der jetzigen Offiziere besser als unter der früheren Admiralität. Die Marine lebt und begehrt, ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen.

Das Schreckgespenst.

Von Friedrich Wilhelm I., dem wunderlichen Tyrannen Preußens, geht die Geschichte, daß er einst einen seiner Untertanen, der ihm auf der Straße auszuweichen suchte, mit seinem Krückstock braun und blau schlug und dazu brüllte: „Ihr sollt mich nicht fürchten, Ihr sollt mich lieben!“

Die Deutschnationalen rühmen sich, daß noch heute der altpreussische Geist in ihnen fortlebe, und wenn sie die mit Stockschlägen einzukläuende Liebe meinen, so haben sie nicht unrecht. Der Putsch der Kapp und Lüttwih war ja ein großangelegter Versuch, dem altpreussischen Militarismus die Liebe des Volkes durch standrechtliche Erschießung aller nicht Mitliebenden zurückzuerobern.

Nachdem diese bei Todesstrafe angebotene Liebe sich als untauglicher Versuch erwiesen hat, müssen die Deutschnationalen bedacht sein, sich mit anderen Mitteln die Liebe der Menge zurückzugewinnen. Da aber nach ihrer Auffassung die Liebe nur immer eine Folge der Furcht sein kann, so beginnen sie einstweilen mit der Angstinschöpfung. Ist die Angst erst da, so wird sich nach ihrer Meinung die Liebe ganz von selber daraus ergeben.

Aber diesmal hat die Angst nicht von ihnen selber auszugehen, sondern die Gefahr muß so beschaffen sein, daß auf dem Höhepunkt des Schreckens die Deutschnationale Volkspartei, umgeben von meinelidigen Generalen und Beamten, als rettender Engel auf der Bildfläche erscheint, worauf ihr das Publikum gerührt an den Hals sinkt. Kurz und gut: die deutschnationale Presse zieht alle Register des Bolschewikenschreckens in der Hoffnung, damit doch noch in letzter Stunde vor der Wahl auf den jurdämonischen Phylister Eindruck zu machen.

Enttäuschung jagt Enttäuschung. Rote Armeen werden mit einem Federstrich in allen Teilen Deutschlands aus dem Boden gestampft. Man nennt Zahlen: 40 000, 80 000, 100 000. Man sieht rote Generalstabe, und auf wen das alles noch keinen Eindruck macht, für den taucht noch — huhul! — die „Schwarze Hand“ unter Eichhorn im Hintergrunde auf!

Nun wissen wir ganz genau, daß der Putschismus der äußersten Linken noch keineswegs ganz ausgestorben ist, wenn er auch infolge seiner Niederlagen von Januar bis Juni 1919 ganz erheblich abgeflaut war. Etwa von diesem Zeitpunkt ab konnte man sehr deutlich eine Abkehr der linksradikalen Arbeitermassen von derartigen Unternehmungen bemerken. Auch bei den Parteien der äußersten Linken war in ihrer Stellungnahme zu Putschversuchen eine offensichtliche Schwankung eingetreten. Wenn irgend etwas dem in den letzten Jügen legenden Linksputschismus in Deutschland neuen Lebensodem eingebläht hat, so waren es die Putschisten von rechts. Die „Deutsche Zeitung“, die seit drei Tagen ihr gesamtes Papier mit Tartarenmachrichten über spartakistische Kampfpäne und spartakistischen Terror füllt, dürfte sich beruhigt zugestehen, daß sie, wenn auch nur ein Zehntel ihrer Angaben zuträfe, vor den Tritten ihres eigenen Luns stände, sie, die den Putsch von rechts so lange gepredigt und glorifiziert hat, bis er da war.

Aber nehmen wir selbst einmal an, daß keine spartakistische Konventikel an militärischen Aufständischen arbeiten, wobei sich wunderschön auf dem Papier 10 000 Bewaffnete angeben lassen, wo nachher in Wirklichkeit keine hundert sind, so wissen wir eins sicher: auch der bestorganisierte spartakistische Aufstand kann militärisch noch nicht ein Zehntel so gut vorbereitet sein, als es der Kapp-Lüttwih-Putsch war. Das war doch militärisch betrachtet, eine ganz andere Geschichte, wie am Schluß ausgedehnt, zum ersten Mal geleitet, nicht mit schnell zusammengeworfenen Haufen, sondern mit erstklassigen einorganisierten Truppen und geschulten Verbänden arbeitend. Wo soll Spartakus etwas Ähnliches hernehmen?

Nun verweist die Rechtspresse auf das Ruhrgebiet, wo allerdings militärische Formationen, die Freikorps Lichtschlag und Lühow von einem Arbeiterheer besetzt worden sind. Aber gerade damals war es nicht das militärische Moment, das siegte, sondern gerade das psychologische. Dieser Sieg wäre niemals denkbar gewesen, wenn nicht die ganze Bevölkerung in dem Gefühl, vom Militär betrogen und betrogen zu sein, sich einmütig und ohne Unterlaß der Partei hinter die Bewaffneten gegen das Militär gestellt hätte. Die Rechtfertiger des Kapp-Lüttwih-Putsches rühmen diesem jetzt noch, daß er die „Eiterbeule“ des sorgsam vorbereiteten Spartakusaufstandes im Ruhrgebiet rechtzeitig aufgeflößt habe. O nein, der Kapp-Lüttwih-Putsch hat höchstens bewirkt, um im Wilde zu bleiben, daß ein kleiner Biakel zu einer Eiterbeule ansetzte.

Manche selbst im Ruhrgebiet von spartakistischer Seite für das Frühjahr eine Putsch vorbereiten sein, wo für gewisse Abteilungen bis heute noch nicht erbracht sind, so wäre dieser Putsch ohne das Verbreden der Lüttwihianer Wirkung als Los verpufft. Neun Zehntel der Arbeiter, die im März ihr Leben in die Schanze schlugen, um die drohende Bolschewikerei zu retten, wären ohne die „Kappesöhne“, wie der rheinische Arbeiter die Rechtsbolschewisten humorvoll

namte, zu Hause geblieben, weil sie gar keinen Grund für ein bewaffnetes Losschlagen gesehen hätten.

Und genau so steht es mit den angeblichen Butschvorberungen in Mitteldeutschland, über die jetzt von der Rechtspreffe Wunderdinge erzählt werden. Sollten wirklich in Konventikeln irgendwelche Pläne ausgearbeitet werden, so gibt es doch nur eine Seite, die diesen Plänen Bedeutung und Ausicht verschaffen kann, und das ist, so lobfürlich sie sich gebärdet, die Rechte!

Sie ist schon auf dem besten Wege dazu. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ die Berliner Sicherheitspolizei als „vor dem Zusammenbruch stehend“ verleumdete, weil sie seit den Märztagen republikanisch zuverlässiger gestaltet worden ist, so spricht aus solchem Gezeier ganz deutlich die Wut der enttäuschten Rechtsbolkschewisten, die von einem zweiten kampfsloßen Einzug in Berlin geträumt hatten. Und das mit dem Gedanken eines zweiten Lüttwicz-Butsches immer noch gespielt wird, das beweist die Kapp-Schmeißer des Anrorierblattes, die „Deutsche Zeitung“, die ihren neuerlichen Marmortitel, der für den 1. Mai die Räterepublik in Berlin prophezeit, mit den Worten schließt:

Die Regierung, die die Gefahr nicht erkennen will, hat abgubanken. Wir verlangen eine Regierung der Tat.

„Regierung der Tat“, das war bekanntlich der Titel, unter dem sich die Kapp, Brederod und Traub in der Wilhelmstraße niederließen. Diese Worte zeigen jedem Sehenden, auf welche Regierung der Verfasser des Artikels, der Rechtsbolkschewist Wulle, hinsteuert.

Und darum: nur hier, allein hier bei den Rechtsbolkschewisten liegt die Zukunft und Aussicht des Linksbolkschewismus. Herr Wulle, der angebliche Bärner, er ist es, der das Wasser auf die Mühlen der Linksbolkschewisten leitet. Er mag in noch so düsteren Farben die Gefahr eines Räte-Berlins nach dem Muster Räte-Münchens malen, es bleibt deswegen doch wahr: wer sich aus Angst vor solchen Schredensbild unter die Fittiche der Rechtsbolkschewisten flüchtet, gerade der hilft es herbeiführen!

Vom Staatskommissar für die öffentliche Ordnung wird zu den „Entstellungen“ der „Deutschen Zeitung“ mitgeteilt: Der sogenannte Kampfsplan stellt sich als phantastische Produkt eines reichlich verkehrten Kommunistskopfes dar. Für die Beurteilung der wirklichen Sachlage, die, wie wiederholt sei, dem Staatskommissar wohl bekannt ist, kann er nicht maßgebend sein. Die an ihn gemachten Befürchtungen sind daher, wie schon gestern gesagt wurde, maßlos übertrieben.

Haenisch für die Maiseier.

Unter der Überschrift „Haenisch gegen die Maiseier“ brachte die „Freiheit“ einen Angriff auf den Unterrichtsminister. Dieser erwidert darauf:

Schon vor einigen Wochen habe ich veranlaßt, daß im Preuss. Staatsministerium die Erklärung des 1. Mai zum allgemeinen Staatsfeiertag erörtert wurde. Neben mir waren auch die übrigen sozialistischen Minister selbstverständlich dafür, daß der 1. Mai in diesem Jahre ebenso vom Staat wagen gefeiert werde, wie im vorigen Jahre. Wir verschlossen uns aber schließlich nicht dem Einwand, daß eine solche Regelung nicht für Preußen allein getroffen werden könne, sondern daß es dazu einer einheitlichen Anordnung für das ganze Reich bedürfte. Der Ministerpräsident Genosse Braun hat sich in diesem Sinne denn auch sofort mit den Reichsständen in Verbindung gesetzt. Ich selbst habe, da für mich der Schulmaiseiern wegen die Sache von ganz besonderer Bedeutung war, das Gleiche getan, insbesondere habe ich mündlich und schriftlich bei den maßgebenden Stellen im Reichsamt des Innern und bei dem Bureau der Nationalversammlung immer wieder darauf hingewirkt, daß der mehrheitssozialistische Antrag, den 1. Mai 1920 zum allgemeinen Feiertag zu erklären, untragbar verabschiedet werde. Leider sind meine immer erneuten Bemühungen, das durchzusetzen, vergeblich geblieben. So habe ich mich denn, da die Zeit außerordentlich drängte, entschließen müssen, wenigstens für Preußen

eine vorläufige Regelung auf dem Verordnungswege vorzunehmen. Daß diese Regelung die berechtigten Wünsche der sozialistischen Arbeiterschaft nicht befriedigt, weiß ich natürlich selbst. In Ermangelung eines Beschlusses der versammlungsmäßigen Instanzen im Reich und in Preußen konnte ich aber nicht mehr tun, als die Regelung in die Hand der einzelnen Gemeinden zu legen, anzuordnen, daß die staatlichen Schulen sich nach den Beschlüssen der Gemeinden, in denen sie liegen, zu richten haben, und darüber hinaus zu verfügen, daß auch dort, wo Gemeindefestbeschlüsse für den Schulausschluß am 1. Mai nicht vorliegen, keinem Lehrer und keinem Schüler aus seinem Fernbleiben am 1. Mai irgendein Nachteil erwachsen darf.

In der Preussischen Landesversammlung wurde heute der Antrag Graf-Frankfurt (Soz.), den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären, und in Verbindung damit ein Antrag Adolf Hoffmann (U. Soz.) auf Annahme eines Gesetzes über den 1. Mai als allgemeinen Volksfeiertag beraten.

Abg. Krüger-Wersberg (Soz.): Es ist traurig, daß man der deutschen Arbeiterschaft noch nicht das Zugehörnis gemacht hat, das ihr zukommt. (Unruhe rechts.)

Krüger spricht bei Schluß der Redaktion fort.

Die Unterscheidung der Kriegsschuld.

Zur Amtsniederlegung Dr. Quards.

Genosse Meerfeldt schreibt uns:

Die in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlichte Erklärung Dr. Quards, die seine Amtsniederlegung als Vorsitzender des ersten Untersuchungsausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu begründen versucht, veranlaßt mich zu folgenden Feststellungen:

Unter den sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses bestand keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es dringend erwünscht sei, die bereits vorliegende, recht umfangreiche schriftliche Beweisaufnahme (siehe erste Beilage des „Vorwärts“ vom Sonntag) nach der Schluß der Nationalversammlung durch die mündliche Vernehmung einiger hervorragender beteiligter Personen zu ergänzen. Die Geschäftsleitung der Nationalversammlung machte es jedoch ganz unmöglich, solche öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses anzubereiten, solange das Plenum tagte. Gegen den Vorschlag Dr. Quards, die Vernehmungen nach Abschluß der eigentlichen Tagung zu veranstalten, also Ende dieser sowie Anfang nächster Woche, wurden aber von allen Seiten sehr schwerwiegende Bedenken geltend gemacht. Die Abgeordneten drängen nach Hause, sie wollen in ihre Wahlkreise. Unser ganzes politisches Leben ist schon auf den Wahlkampf eingestellt. Die Annahme der Öffentlichkeit an den Vernehmungen des Untersuchungsausschusses war schon vor zwei Wochen, als Graf Bernstorff wieder bernommen wurde, mehr als beschieden, sie würde sich inzwischen todlicher noch weiter reduziert haben. Den Aufgaben des Ausschusses ist aber selbstverständlich nicht damit gedient, wenn er vor gähnendem leerem Saal und ohne das vielstimmige Echo der Presse verhandelt. Ohne die intensive Anteilnahme weiter Volksschichten droht seine Tätigkeit zur Karikatur zu entarten. Diese Erwägungen vor allem, die übrigens auch im Senatorenkonvent vorherrschend waren und von dessen sozialdemokratischen Mitgliedern durchaus als richtig anerkannt wurden, bestimmten mich, dem Genossen Quard nicht zu folgen. Die Fortsetzung und Beendigung der Kriegsschuld-Untersuchung muß Sache des neuen Reichstags sein, denn das unter Dr. Quards mustergetragene Vorgehen gesammelte und verarbeitete Material eine sehr wertvolle Vorarbeit bilden wird.

Lettow-Vorbeck, der reine Tor.

Kriegsschauplatz Mecklenburg.

Die Ereignisse in beiden Mecklenburg während der Kapp-Week, sowie insbesondere das Verhalten des Generals von Lettow-Vorbeck und seiner Reichswehrtruppen dürfte

dürfte in der Öffentlichkeit noch nicht genügend bekannt sein. Wir geben deshalb im folgenden eine kurze Darstellung der Vorgänge.

In Schwerin wurde die versammlungsmäßige Regierung gestürzt; in Neustrelitz versuchte man dasselbe, und als dies mißlang, setzte man wenigstens den Chef des Sicherheitswesens, den Major Müller-Brandenburg, in Schutzhaft. Rein Wunder, daß chaotische Zustände in Mecklenburg Platz griffen: Die beiden Warone Lesort-Wod bombardierten mit einem Feldgeschütz, das ihnen Hauptmann Freitag, Ref.-Art.-Regt. 9, zur Verfügung gestellt hatte die Stadt Waren; am Gut Rudow wurde ein Feuergefecht geführt, in das Leutnant Fingenhagen von der gleichen Batterie eingriff, indem er eine Schützengruppe von Westliner Arbeitern, die längs des Feuer eingestellt hatten, mit Schrapnell belegte, angeblich um „moralisch“ auf sie zu wirken.

Wie verlautet, soll der am 18. März aus der Schutzhaft entlassene Chef des Sicherheitswesens für Mecklenburg-Strelitz den zuständigen Anlagenehörden Material gegen folgende Personen zugesandt haben: General von Lettow-Vorbeck, Major Matthias, Major Grün, Hauptmann Freitag, Hauptmann von Franke, Oberleutnant Schulz, Leutnant Baron Lesort und die Quisbeißer von Dörben-Salom, von Michael-Boigtendorf, Baron Rajahn-Rudow, Lemde-Rbe, Maas-Mollenstorf, Oberbahnhofsleiter Döge, Regierungsbaumeister Eger, Dr. Piper und Dr. Wilde.

Das Weitere an der Geschichte ist, daß Lettow-Vorbeck sich jetzt mit seiner politischen Abnungsllosigkeit zu entschuldigen sucht. Diese Abnungsllosigkeit ist den beiden Mecklenburg teuer zu stehen gekommen. Öffentlich greift die Justiz mit der alten Schneidigkeit ein, mit der sie einst gegen den Mecklenburger Dichter und Landesverräter Fritz Meuter und seine Korporation vorgegangen ist. Etwas staatsgefährlicher als die Umtriebe Meuters dürften die jetzigen wohl doch sein!

„Meuterer“ in Potsdam.

Wegen Verfassungstreue verhaftet!

Der Offizierskaderleiter Alberti vom Brigadestab der Reichswehrbrigade 3 in Potsdam hat den Regierungstellen Material über das Verhalten verschiedener Potsdamer Offiziere während des Kapp-Putsch übergeben. Darunter ist Alberti von der Reichswehrbrigade 3 verhaftet und in die Potsdamer Garnison-Arrestanstalt eingeliefert worden, wo er auch noch heute inhaftiert ist. In der gleichen Arrestanstalt befinden sich noch mehrere Angehörige des Reichswehr-Inf.-Reg. 6, die deshalb wegen „Meuterei“ angeklagt sind, weil sie während des Putsch ihre kaisertreuen Führer den Dienst verweigert und ihre Kameraden zum Dulden des Treueides aufgefordert haben!

Beim Reiterregiment 4 in Potsdam befindet sich der Rittmeister Kemiger, der vor einiger Zeit 14 Angehörige seiner Schwadron wegen ihrer Zugehörigkeit zum republikanischen Führerbund ohne Gebührende entlassen hat, immer noch im Dienst, obwohl der Reichspräsident seine Entlassung vom Reichswehrministerium gefordert hat. Dagegen liegen die gemahregelten Soldaten größtenteils ohne jede Unterstützung auf der Straße.

Es muß verlangt werden, daß die Arrestanstalten in Potsdam, Wandorf, Döberitz und Spandau schnellstens durch eine Zivilregierungskommission untersucht werden, denn es steht fest, daß in diesen Anstalten noch viele Reichswehrangehörige festgehalten werden, die wegen Verfassungstreue unter Anklage der „Meuterei“ gestellt worden sind.

In den Reichstagskandidaturen. Wir möchten darauf hinweisen, daß es sich bei der von uns erwähnten Kandidatur des Genossen Hermann Müller in Niederbarnim nicht um den Reichstagskandidat Müller handelt.

Deutschlands höchstes Observatorium.

Die Wetterwarte auf der Zugspitze.

Das meteorologische Observatorium auf der bei Garmisch-Partenkirchen gelegenen Zugspitze, Deutschlands höchstem Gipfel, kam in diesem Jahre, worauf der „Prometheus“ hinweist, ein Jubiläum begehen. Am 29. Juli 1900 wurde die Wetterwarte eröffnet, zwei Jahrzehnte ihrer Tätigkeit werden sich also bis zum Sommer erfüllen. Das Observatorium wurde von dem Erbauer des Münchener Hauses, Kommerzienrat Benz, in mustergetragener Weise errichtet. Der Bau erforderte 20 000 R. Der Turm auf der Zugspitze ist das einzige Observatorium Bayerns erster Klasse und mit vorzüglichsten wissenschaftlichen Instrumenten ausgerüstet, seit 1911 auch mit einer drahtlosen Station, die neuerdings zur Messung elektrischer Wellen dient.

Das Klima auf der Zugspitze ist dem arktischen Jönen zu vergleichen. Der Gipfel ist infolge der Strahlungsverhältnisse der Luft kälter als die freie Atmosphäre. Die Zugspitze hat 230 Winter- und 220 Frosttage. Die Kälte, besonders empfindlich bei den hauptsächlich aus Nord und Nordwest, oft 60 Sekundenmeter starken Stürmen, beträgt zuweilen bis 35 Grad Celsius. Das sind aber Ausnahmefälle, das Jahresminimum liegt bei 25 Grad Minus. Selbst im Hochsommer, im August, sind einige Grade unter Null keine Seltenheit. Behaglich warm wird es oben nicht oft. 10 Grad über Null ist schon die durchschnittlich höchste Tagestemperatur. Der Monat Mai ist auf der Zugspitze dem Januar des Tales gleich, der August etwa dem November. Die Zugspitze hat im Juni nur 27 Proz. des astronomisch möglichen Sonnenscheins, im Januar dagegen 47 Proz., was eine auffallende Bevorzugung der Hochstation zur Winterzeit darstellt. Nebeltage hat Partenkirchen durchschnittlich nur 23, die Zugspitze dagegen 246. Die Sommermonate sind sehr kühl neblig, der Juni hat sogar 26 Nebeltage. Die Bevölkerung, die mit 77 Proz. am stärksten im Juni ist, ist mit 90 Proz. am geringsten im Januar, der schon so wolkenlose Tage zeigte, daß man glauben konnte, italienischen Himmel vor sich zu haben. Selbst der Böhn, der im Tal bis zu 35 Grad Wärme bringen kann, erlähbt oben die Temperatur nicht, er macht sich im Gegenteil als feuchter, böiger Wind sehr unangenehm bemerkbar.

Der Winter erlischt die wissenschaftliche Tätigkeit oft sehr. Eis und Schnee überziehen die Instrumente, die immer wieder gereinigt werden müssen. Leider sind die Zukunftsaussichten des Observatoriums sehr trübe. Wenn nicht Hilfe kommt, so wird es wohl sein jährliches Jubiläum nicht erleben, sondern in eine in Jahre schon geschlossen werden müssen. Die Lauerung aller Verhältnisse ist daran schuld; kostet doch heute ein Zentner Kohlen, der vor dem Kriege für 1 R. zu haben war, das Zehn-

fache, die Transportkosten sind für den Zentner von 12 auf 50 M. gestiegen, so daß der Verbrauch an Kohlen allein den Etat verschlingen würde, der für die Hochwarte zur Verfügung steht, deren Schließung für die noch junge meteorologische Wissenschaft allerdings einen schweren Verlust bedeuten müßte.

Die Arbeitsleistungen der Kriegsschädigten. Ein wichtiges Problem der sozialen Hygiene wird, wie in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, in einer Umfrage behandelt, die das deutschösterreichische Volksgesundheitsamt veranlaßt. Es handelt sich um die Frage, welche Arbeitsleistungen und welche Beschäftigung überhaupt einem Kriegsschädigten mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand zugemutet werden können. Eine Reihe von namhaften Hochleuten hat bereits die Arbeitsfähigkeit verschiedener Arten von Kriegsverletzten, der Lungen-, Herz-, Nieren-, Magen-, Darm-, Nervenkranken usw. behandelt, und ihre Referate werden demnächst veröffentlicht werden. Um aber eine möglichst große Menge von Erfahrungen zu vereinigen, werden auch Ärzte des Auslandes, besonders Kronenkranken- und Unfallversicherungs-Ärzte, zur Teilnahme an der Enquete eingeladen.

Eine Erweiterung der Goethe-Gesellschaft, die in Weimar ihren Sitz hat, schlägt Fritz Lienhard vor. Er ist der Ansicht, das „Goethe- und Schiller-Archiv“ sei augenblicklich gefährdet. Laut Stiftungswillen soll es immer mit dem Wohnsitz des Großherzogs von Weimar verbunden sein. Das hätte doch wohl den Sinn, daß es eben mit Weimar verbunden bleiben sollte; die Schweregeit, die durch die Vertreibung des Großherzogs aus Weimar entstanden ist, kann nur formelle Bedeutung haben. Lienhard schlägt nun vor, daß die Goethe-Gesellschaft vermittels eingetragener Stützungen, die durch die Vertreibung des Großherzogs aus Weimar entstanden ist, kann nur formelle Bedeutung haben. Lienhard schlägt nun vor, daß die Goethe-Gesellschaft vermittels eingetragener Stützungen, die durch die Vertreibung des Großherzogs aus Weimar entstanden ist, kann nur formelle Bedeutung haben. Lienhard schlägt nun vor, daß die Goethe-Gesellschaft vermittels eingetragener Stützungen, die durch die Vertreibung des Großherzogs aus Weimar entstanden ist, kann nur formelle Bedeutung haben.

Diese Akademie soll nach Lienhards Wort als ein „freilebendes Gebilde mit mancherlei sehr ernsthaften Aufgaben“ ins Leben treten. Wir glauben, daß er darunter gute Ziele versteht, erinnern uns aber immerhin in diesem Augenblick, daß er im vorigen Jahr die Verlegung der Nationalversammlung nach Weimar nur mit schwerem Grinsen ansehen konnte. Und sie war doch auch ein freilebendes Gebilde mit sehr ernsthaften Aufgaben.

Der „Rührer durch das Schrifttum des deutschen Sozialismus“, den Ernst Drahn vor Jahresfrist im Verlag für Sozialwissenschaft herausgab, ist schnell in einer zweiten Auflage (Preis 4,25 R.)

erschienen. Er hat mancherlei Verbesserungen und wesentliche Änderungen erfahren: das Programm, ein Spiegel des Schrifttums der deutschen Sozialdemokratie zu sein, ist über seine Grenzen hinaus erweitert worden. Das ist, bei dem Herauswachsen des Buches aus der jüngsten Gegenwart und ihrem mächtigen Verlangen nach sozialistischer Literatur, ein ganz natürliches Ergebnis. Aus den Kreisen der Politiker, die auf dem wogenden Meere sozialistischer Kampfbewegung dem Wesen der vielerlei Strömungen nachgeben wollen, wird dem Führer sicherlich Beifall zukommen. Alle sozialistischen Parteien und Richtungen sind berücksichtigt worden, auch das kommunistisch-anarchistische Sonderfeld und auch die Literatur der Gegenschriften, und Dahn, als ein spürlicherer Flugschrittsammler, der den lebendigen Tag zu beachten weiß, hat in dieser Hinsicht etwas zu bieten, was als eine Besonderheit gelten darf. Als ein weiterer Vorzug des Führers ist hervorzuheben, daß die Veröffentlichungen über die Geschichte der Revolution von 1918 so gut wie lückenlos und recht übersichtlich aufgezählt sind. Das Echo, das die bolschewistische Bewegung in Deutschland in lebhaftem Hür und Widerstand zeigt sich auf freiem Raum. Vereicherungen sind eine kurze Skizze der sozialdemokratischen Presse, ein Verfasserverzeichnis und die Angaben über den Umfang der genannten Schriften. Es ist darauf gesehen, das zu nennen, was noch im Handel zu haben ist. Das Buch zeigt also in jeder Hinsicht den Willen, ein aktuelles Buch zu sein.

Der Film als Stütze der Kunst. In Christiana, wo die Kinobühnen verkrachlicht sind, haben sie sich als ein gutes Geschäft für die Stadt erwiesen und man wendet den Ueberfluß auch auf verbienliche Weise an. Das geht aus folgender Veröffentlichung über die Verteilung der Gewinne im zweiten Halbjahr 1919 hervor. Für das Volkstheater sind ausgemessen 400 000 Kr., für Aufführung eines Alceusgebäudes für den Bildhauer Wigeland 150 000 Kr., für ein neues Kongresshaus 100 000 Kr., für Schulfilme 50 000 Kronen. Schließlich sind 200 000 Kronen für einen Fonds zurückgelegt worden, der den Namen „Städtischer Kinematographenfonds für Pensionierung der Künstler des Nationaltheaters“ erhalten hat.

„Neues Bauen“. Das Stadtsche Kabinett A. B. Neumann schließt morgen die Redner, Ausstellung und eröffnet am 2. Mai, mittags 12 Uhr, die vom Reicherrat für Kunst hergerichtete Veranstaltung „Neues Bauen“. Eintritt frei.

Theater. Am Volkstheater wird am 2. Mai als Gabe zur Waise, nachmittags 3 Uhr, Paul Dabers Sozialisten-Drama „Das Geleit“ aufgeführt. Ermäßigte Preise. — Hermann Ballmann wird im kleinen Theater in Sternheim „Erab“ neben Ballermann den „Theobald Wast“ spielen.

Das Feld. In dem in geistiger Roggennummer veröffentlichten Bericht über die Auslandsstellung „Das Feld“ ist ein Romo verortet. Es mag heißen Edo Deikret.

Ein Mitternachts-Drama. bestellt Angela Sobu, von Wico Stein-Landesmann, fand im Residenztheater in Hannover beifällige Aufnahme.

Ausstellung der Berliner Secession in Holland. Die Berliner Secession ist von der Galerie Kleemann im Haag zu einer Kollektiv-Ausstellung eingeladen worden, die am 1. Mai eröffnet wird. Es ist seit langer Zeit die erste Ausstellung, die Werke deutscher Künstler in Holland zeigen wird. —

Der Prozeß Hiller.

Am kommenden Donnerstag findet vor dem Gericht des früheren 3. Armeekorps die Berufungsverhandlung im Prozeß gegen den Oberleutnant Hiller statt, der, wie noch erinnerlich, sich im Dezember vorigen Jahres vor dem Berliner Kommandantengericht wegen Mißhandlung Untergebener, insbesondere wegen Mißhandlung mit tödlichem Ausgang im Falle des Gabelhüblers Helmhals, zu verantworten hatte. Das Urteil lautete in erster Instanz auf sieben Wochen Gefängnis wegen Mißhandlung Untergebener in zwei Fällen, während im Falle Helmhals auf Freisprechung erkannt wurde. Gegen diese Entscheidung hat der damalige Kommandant von Berlin Berufung eingelegt. Die Berufung erstreckt sich aber nicht, wie erinnerlich sein dürfte auf die Mißhandlung mit tödlichem Ausgang im Falle Helmhals, sondern lediglich auf vorstrafwidrige Behandlung des H. Zu der Berufungsverhandlung sind außer den in erster Instanz vernommenen Zeugen noch eine große Zahl weiterer Zeugen geladen, die sich entweder selbst gemeldet oder von den Angehörigen benannt worden sind. Da mehr als 40 Zeugen zu hören sind, wird die Verhandlung voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen. Den Vorsitz in der Verhandlung wird Geheimrat Oberkriegsgerichtsrat Dr. Voeder führen. Die Anklage vertritt der aus dem Parlole- und Kessel-Prozeß bekannte Kriegsgerichtsrat Dr. Wehner. Die Verteidigung des Angeklagten Hiller liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Georg Dirschke.

Der Stand der Sozialisierungsarbeiten.

Wie wir hören, beabsichtigt die Deutsche Nationalversammlung am kommenden Dienstag ihre letzte Sitzung vor den Wahlen abzuhalten. Gleichzeitig soll auch der Volkswirtschaftliche Ausschuss seine Arbeit einstellen; jedoch wird nach der Vertagung der Nationalversammlung der Volkswirtschaftliche Ausschuss zu einer neuen Tagung Mitte Mai zusammengetreten. Wir halten es für selbstverständlich, daß unabhängig von dem jeweiligen Stande der parlamentarischen Vertretung in dem Ausschuss eine Reihe sehr wichtiger Verordnungen (Schleunigst zur Beratung kommen, so über die Verstaatlichung des Kohlen- und Salzpublizitäts, auf die die Koalitionsparteien sich nach dem Abkommen mit den Gewerkschaften verpflichtet haben. Es darf nicht in der Veräufierung der Grundstücke, als sei durch Nichtberatung des wichtigsten Gewerkschaftspunktes ihr gegenüber ein Vertragsbruch beabsichtigt.

„Bescheidene“ Beamtenforderungen.

Wo sitzen die Begehrlichen?

Aus der sozialdemokratischen Fraktion geht uns folgendes Schreiben zu, das ein berechtigtes Licht auf diejenigen wirft, die sich über die „Begehrlichen“ der Arbeiter und der unteren Beamten nicht genug aufregen können. Das Schreiben lautet:

„Anlässlich der Beratung des Beamtenbesoldungsgesetzes sind von der höheren Beamtenschaft teilweise Forderungen gestellt, die über die Leistungsfähigkeit des Reiches hinausgehen. Den Vogel aber schießt „Der Ausschuss der höheren Beamten von Duisburg“ ab.

Die „begehrtesten“ Eingabe ist unterschrieben von Professor Dr. Wilsdorf, Richter, Postdirektor, Richter, Regierungsbaumeister; Dr. Fudischer, Staatsanwaltschaftsrat; Heise, Regierungs- und Courant; Wronski, Vertrat; Michaelis, Oberlehrer; Scholz, Amtsgerichtsrat.

Verlangt wird zunächst:

- 1. Grundgehalt 20 000,— bis 30 000,—
- 2. Ortszulage 4 000,— „ 4 000,—
- 3. 50 Proz. Feuerungszulage . . . 12 000,— „ 17 000,—
- 4. Westmarkenzulage 6 000,— „ 8 500,—

W. 42 000,— bis W. 59 500,—

Außerdem eine Zulage von 2500,— M. für jedes Kind.

Eingeklagt wird, daß diese Summe das mindeste darstellt, was eine höhere Beamtenfamilie gegenwärtig im Industriebezirk zum Leben bedarf.

Aus den weiter aufgestellten Forderungen greifen wir noch heraus:

1. Die Zahlung von Orts-Feuerungs-Kinderzulagen und Hinterbliebenenzulagen ist ebenso wie Gehalt und Pension, unabhängig von der wirtschaftlichen Lage der Beamten und Hinterbliebenen. Die Bezüge sind keine durch Bedürftigkeit bedingte Unterstützung, sondern ein für geleistete Dienste rechtlich zustehender Gehalt.

2. In allen Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezügen sind dieselben Feuerungs- und Kinderzulagen zu gewähren wie zu den zahlenmäßig gleich hohen Gehältern.

3. Das Steuerprivileg der Beamten bleibt erhalten, oder es findet eine entsprechende Erhöhung des Grundgehaltes statt. Die Feuerungs-, Kinder- und Westmarkenzulage ist steuerfrei.

Es fehlt nur noch, daß die „höheren“ Beamten von Duisburg mit Sabotage und Streik drohen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden oder daß sie bis zur Bewilligung ihrer Forderungen die Eisenbahnen im Ruhrgebiet mit Beschlagnahme belegen!

Der 1. Mai Feiertag in Baden. Amtlich wird darauf hingewiesen, daß durch eine Verordnung des Staatsministeriums vom April 1920 der 1. Mai in Baden dauernd in die Reihe der allgemeinen Feiertage aufgenommen wurde. Es bleiben somit auch am 1. Mai die Diensträume amtlicher Behörden und die Schulen geschlossen.

Sawjetrusland und wir. Die Frage über die Annäherungsmöglichkeiten zwischen Rußland und Deutschland, die in letzter Zeit wieder besonders akut geworden ist, wird in einer neuen Weise von Dr. Ungern-Stenberg in seiner gleichlautenden Schrift behandelt. Während bisher die Behauptung einer Annäherung meist auch politische Freunde Rußlands und die Gegner einer Annäherung meist auch politische Gegner waren, gelangt Ungern-Stenberg trotz seiner Ablehnung des gegenwärtigen russischen Reichstums zu dem Ergebnis, daß die Annäherung dennoch auf wirtschaftlichem Boden erfolgen könne. Er sieht in Rußland, insbesondere in Westsibirien, das für deutsche Auswanderer der Zukunft besonders geeignete Land. Etwas nobler mutet die Beurteilung der englischen Politik Rußlands gegenüber seitens des Verfassers an. Die Schrift ist im Verlag für Sozialwissenschaft erschienen.

Deutsche Nationalversammlung.

Der Marburger Mord. — Kapps Auslieferung.

In der Nationalversammlung fanden am Dienstag zunächst kleine Anfragen auf der Tagesordnung. Auf eine Anfrage wegen der Untoten Marburger Studenten bei Kapp wurde erwidert, daß eine Untersuchung wegen unbedingten Waffengebrauchs in Verbindung mit Totschlag eingeleitet sei. Auf Anfrage von sozialdemokratischer Seite wegen etwaiger Auslieferung Kapps erklärte Justizminister Wunf, er halte es nicht für angebracht, deutscherseits das politische Asylrecht Schwedens anzufassen. Hochverrat sei ein politisches Verbrechen. Er halte es nicht für angebracht, dem Kabinett etwaige Verhandlungen mit Schweden zu empfehlen. Soweit er die schwedischen Gesetze kenne, würde Kapp auch nicht nach Deutschland ausgeliefert werden, weil er dort einem Strafverfahren entgegenstehe. Nach Beendigung der Anfragen wurde die zweite Beratung des Notetags fortgesetzt.

Wirtschaft

Freie Einfuhr von Lederleder.

In der Presse wird ein Schreiben erwähnt, das der Reichswirtschaftsminister vor kurzem an den Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium gerichtet hat und in dem er darauf hinweist, daß infolge der Verschärfung der Valuta Untereleder im Auslande jetzt für 40 bis 60 M. zu haben sei, während es im Inlande noch 110 bis 135 M. kostet. Weiter erwähnte dieses Schreiben den Standpunkt der Lederindustrie, die sich erklärtermaßen gegen eine freie Einfuhr erklärte, führte dann aber weiter aus, daß es die Regierung trotzdem nicht verantworten könne, im Interesse der Lederindustrie die Einfuhr billigen Leders zu hindern. Dieses Schreiben ist nun so ausgelegt worden, als hätte sich die Regierung den Standpunkt der Industrie zu eigen gemacht und sich gezwungen, die Einfuhr des ausländischen Leders zu begünstigen.

Das Gegenteil ist richtig. Vom Ministerium war bereits angeordnet, einen größeren Posten Leder heranzunehmen, längst ehe die Angelegenheit auf Veranlassung eines berufsmäßigen Gegners jeder gebundenen Wirtschaft (1) zur Sprache kam.

In der letzten Sitzung des Reichswirtschaftsrates kam die Angelegenheit zur Sprache, wobei ein Vertreter des Ministeriums eine eingehende Schilderung der Entwicklung des Ledermarktes gab. Die Preise sind seinerzeit sprunghaft in die Höhe gegangen wie nirgendwo anders in der Wirtschaft. Infolge dieser Preisentwicklung wurde der Absatz gebremst, da das Publikum nicht kaufkräftig genug war, um seinen Bedarf zu decken. Ein Beweis dafür sind die Entwürfe der Industrie, Verbrauchskäufe in größerem Umfange auszuführen zu dürfen, da die Lagerbestände fortwährend zunehmen. Wenn gegen diese Entwicklung vom Reichswirtschaftsministerium Widerspruch erhoben wurde, wies die Industrie stets auf die niedrige Valuta hin; das hörte aber sofort auf, als die Valuta stieg. Die Industrie fürchtete nun die teuren Schuhe nicht mehr absetzen zu können. Jetzt verlangt die Industrie in ihrer bedrängten Lage Hilfe von der Regierung. Nach eingehender Beratung sprach sich jedoch der Wirtschaftsrat einstimmig für eine freie Einfuhr von Leder aus. Der Reichswirtschaftsminister wird eine dahingehende Anordnung treffen.

Vom Berliner Produktenmarkt. Amtlich festgestellte Preise am 28. April: Hafer per 1000 Kilogramm loco 2880 M. ab Bahn, auf Abladung 2760—2800 M. ab Station. Tendenz befriedigt. Richtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktorienbohnen 330—375 M., gelbe und grüne Erbsen 200—280 M., Bohnen 180—140 M., Pferdebohnen 130—140 M., Wicken 125—135 M., Lupinen 70—82 M., Seradella 65—75 M., Wiesensheu, Iose 35 bis 40 M., Stroh, drahtgepreßt 19—22 M., gebündelt 18—18 M., Trodenschnitzel 65—70 M., Patent Steffen 100—108 M.

Der Geschäftsgang in der Möbelindustrie Westdeutschlands läßt, wie der Verein der Holzbearbeitungsfabriken im Industriebezirk mitteilt, augenblicklich nicht nur viel zu wünschen übrig, sondern hat beinahe ganz aufgehört. Die Möbelfabriken arbeiten bereits in Lager. Preisrückgänge sind teilweise schon eingeleitet, teilweise in kurzer Zeit zu erwarten. Weitere Lohnhöhungen werden unbedingt abgelehnt. Aus dieser Mitteilung ergibt sich, daß die Preise der Fertigerwaren so hoch liegen, daß die Kaufkraft nicht ausreicht, um sie bezahlen zu können, denn der Bedarf an Möbeln ist außerordentlich groß. Hunderttausende von Jungverheirateten haben noch keine eigenen Möbel.

Inhaber- oder Namenaktien?

§ 179 des H.G.B. sagt, daß Aktien auf den Inhaber oder auf Namen lauten können. Steht auf der Aktie kein Personenname, dann kann jeder, der sie gerade rechtmäßig besitzt (Inhaber), die Ansprüche aus der Aktie geltend machen, also das Stimmrecht ausüben oder die Dividenden empfangen.

Nach § 183 kann im Gesellschaftsvertrag bestimmt werden, daß Namenaktien in Inhaberaktien und umgekehrt umgewandelt werden können.

Nach § 222 sind auf Namen lautende Aktien mit genauer Bezeichnung des Inhabers nach Namen, Wohnort und Stand in das Aktienbuch der Gesellschaft einzutragen. Die Aktien können auf andere übertragen werden, und zwar durch Indossament. Der Übergeber ist nach § 223 der Gesellschaft anzumelden und im Aktienbuch zu vermerken.

Bei der Ausfertigung von Namenaktien weiß also jede Gesellschaft, wer ihre Aktien besitzt und auch dem Steuerfiskus kann die Liste eingereicht werden. Unsere Aktiengesellschaften, die fast alle Inhaberaktien ausgeben, kennen ihre Aktionäre, die läßt wechseln, gar nicht. Und so weiß auch der Arbeiter nicht, an wen er seinen Tribut in Form von Dividenden eigentlich zu zahlen hat.

In Italien soll die Abschaffung von Inhaberaktien erfolgen. Zunächst müssen alle Papiertaktien auf den Namen lauten. Die anderen Inhaberaktien werden einer 15prozentigen Dividendensteuer unterworfen, damit die Besitzer sie aus eigenem Antriebe in Namenaktien umwandeln.

Silvio Gesell, der Finanzminister der bayerischen Republik, hielt kürzlich in engerem Kreise in Berlin einen Vortrag über das von ihm empfohlene „Schwundgeld“, die Freigeld- und Freilandbewegung. Er beabsichtigt im kommenden Monat vor einem größeren Kreise zu sprechen. Informationsmaterial besendet O. Petersen, N.B. 28, Flensburger Str. 24.

Groß-Berlin

Für die Rechte der Jugend.

Wiederum rüft allerorts die Groß-Berliner Arbeiterjugend, um ihren diesjährigen Maijugendtag festlich zu begehen. In Kaulsdorf-Süd will unsere Jugend sich treffen, um unter freiem Himmel Stunden des Spiels, der Erholung und Freude, aber auch Stunden ersten Gedankens, innerer Erhebung und frohen Jugendbewusstseins, solcher Siegesgewißheit zu verleben. Der Maijugendtag soll aber auch eine machtvolle Demonstration für die Rechte unserer Jugend sein! Denn niemand muß tiefer den freien Raden vor den Räubern des Kapitals beugen, niemand wird auch heute noch mehr von ihnen geknechtet und ausgebeutet, als unsere Jugend, auf deren Schultern sich dereinst der Bau einer neuen Welt erheben soll. Wenn also am 2. Mai unsere jungen Burden und Mädchen aus allen Gegenden Berlins dem gemeinsamen Ziel: Kaulsdorf-Süd zustreifen, dann werden und die roten Fahnen führen, daß unsere Arbeiterjugend als junge Garde in den Reihen ihrer Väter kämpft, daß sie das Werk fortsetzen will, daß in Jahrzehnten, im Verlaufe von Renaisances entstand.

Die vielen Abteilungen des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin werden sich am 2. Mai an verschiedenen Stellen der Stadt treffen, um gegen 8 Uhr geschlossen abzumarschieren. Zur Ordnung sorgen freiwillige Ordner aus den Reihen der Jugend. Die Abmarschpläne der einzelnen Abteilungen werden am Freitag, den 30. April, im „Vorwärts“ bekanntgegeben.

Zum Maijugendtag ist jeder Gast herzlich willkommen; die Arbeiterkern seien an dieser Stelle besonders eingeladen.

Verhaftung zweier Kirchenräuber.

In der Nacht zum 13. April wurde der Hildeheimer Dom von Einbrechern heimgesucht, die einen großen Teil des Domschatzes raubten. Die aus dem frühesten Mittelalter stammenden Kirchengeräte, die mit Edelsteinen reichlich geschmückt waren, waren schon allein durch ihren hohen Gold- und Silberwert außerordentlich kostbar. Die Annahme der Hildeheimer Polizei, daß die Einbrecher sich nach Berlin wenden würden, erwies sich als richtig. Kriminalkommissar Trettin hat hier den 24 Jahre alten Wilhelm Gentermann und den ein Jahr jüngeren Billi Wirbichy verhaftet, alle gestohlenen Sachen, die allerdings zerbrochen und verbogen waren, wieder herbeigeschafft und den Einbruch vollständig aufgeklärt.

Gentermann stammt aus Hildeheim und war längere Zeit im dortigen Dom Kapelldiener. Seine Lebensverhältnisse nützte er aus und fuhr mit Wirbichy nach Hildeheim, um den Einbruch zu bewerkstelligen. Nach langer und „schwerer Arbeit“ war endlich der Einbruch geglückt, der aber eine Stunde später schon entdeckt wurde. Den beiden Räubern war es daher nicht möglich, die Stadt sofort zu verlassen. So berguben sie ihre Beute auf einem Gelände, auf dem Gentermanns Vater eine Laube besitzt. Wirbichy fuhr nach Berlin, während Gentermann in Hildeheim blieb. Als sich die Aufregung in Hildeheim gelegt hatte, fuhr auch er mit seinem Schatz nach Berlin und vergrub in Gemeinschaft mit seinem Komplizen die geraubten Gegenstände von neuem in Halensee. Nach und nach veräußerten sie die kostbaren Stücke an den Mann zu bringen, wobei sie dann in die Hände der Polizei gerieten. Nach anfänglichem Leugnen haben sie ein Geständnis abgelegt.

Fort mit allen Symbolen der Monarchie!

Am 15. April beschloß die Berliner Stadtverordnetenversammlung, daß der Magistrat die Wälder und Büten der Mitglieder des Hohenzollernhauses aus den städtischen Gebäuden entfernen sollte. Oberbürgermeister Wermuth erklärte dazu:

„In den öffentlich zugänglichen städtischen Gebäuden und Räumen, sowie in den Schulen können als Symbole der Herrschaft und Staatsgewalt nur solche der gegenwärtigen Staatsform Platz finden, nicht Bildnisse, welche als Wahrzeichen der vorangegangenen Staatsgewalt den Herrscher oder seine nächsten Angehörigen darstellen. Bildnisse, die nicht die Bedeutung eines Wahrzeichens haben, die namentlich einen eigenen historischen oder Kunstwert besitzen, darunter auch solche von Monarchen früherer Epochen, unterliegen anderer Beurteilung. Der Magistrat ist zur Durchführung dieser Grundsätze bereit und bittet, ihm das zweckentsprechende und tatvolle Vorgehen mit Vertrauen zu überlassen.“

Ungeachtet jenes Beschlusses und der vom Oberbürgermeister gegebenen Zusage befindet sich noch heute in der Aula des Gemeindefulhauses an der Ragler- und Ehrenbergstraße ein großes Bildnis des mangelhaften Kaisers Wilhelm II. Es läßt sich allerdings nicht durch einfaches Abnehmen beseitigen, weil es auf die Wand gemalt ist. Aber das kann doch kein Grund sein, dieses an herorragender Stelle des Saales über dem Rednerpult prangende Wahrzeichen der vergangenen Staatsgewalt so konservern. Zur Beseitigung des Bildes, das auch ohne jeden „Kunstwert“ ist, würde ein Köpchen Farbe genügen. Also, bitte, fort damit!

Die Schule als Wahlschlepperin.

Vor den Berliner Elternratswahlen meldeten wir (in Nr. 80), daß Lehrer der 15. Realschule durch unter den Schülern verteilte Zettel, diejenigen Väter und Mütter, die für ihre Kinder eine religiöse, deutsche Erziehung und damit die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule fordern, zu einer Vorbesprechung über die Kandidatenaufstellung eingeladen hatten. Inset an die Wiedergabe des Einladungszettels geknüpfter Wunsch, der Minister Haenisch möge die Lehrer einmal darüber aufklären, wie weit ihre Befugnisse reichen, ist nicht unbeachtet geblieben. Wir erhalten jetzt, neun Wochen nach der Veröffentlichung jener Behauptung, aus dem Ministerium die Nachricht, daß die Angelegenheit untersucht und dem Direktor „das Erforderliche eröffnet“ worden ist. Aus dem Amtsdienst überlegt heißt das: die Unterordnung hat die Wichtigkeit unserer Mitteilungen ergeben und dem Direktor samt den schuldigen Lehrern eine rügende Zurechtweisung eingetragen.

Alle Elternräte von Groß-Berlin werden zu einer Aussprache über den Aufgabenkreis und die Praxis der gewählten Elternräte auf Mittwoch, 28. April, 7 Uhr in die Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Kochstraße 18, eingeladen. Es sprechen Professor Paul Destrach „Das Aufgabengebiet der Elternräte“, Dr. Hildegard Wegscheider über „Was tut die Mutter im Elternrat?“ Sanitätsrat Dr. Polkau über „Schul- und Jugendhygiene und Elternschaft“. Freie Aussprache, Fragenstellung. Jeder Interessierte ist willkommen.

Eine religiöse Matinee veranstaltet der „Bund religiöser Sozialisten“ am 1. Mai, nachm. 6 Uhr, in der Andreaskirche am Stralauer Platz beim Schleißchen Bahnhof (Südseite). Die Predigt hält Genosse Pastor Franke.

Neußlin. Eine unerträgliche Klassenüberfüllung wird aus der katholischen 39./40. Gemeindefschule in der Kneesebedstraße gemeldet. Die Aufnahmeklasse VIIIO begann das Sommerhalbjahr mit 40 Knaben und 28 Mädchen, zusammen 68 Kindern. Es war beabsichtigt worden, diesmal dort zwei Aufnahmeklassen einzurichten, doch wurde dann angenommen, daß man mit einer einzigen auskommen werde. Der unerwartet große Zustrom von Schülern hat jetzt einen Zustand geschaffen, der schleunigst durch Teilung der Klasse beseitigt werden muß.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Pantow. 250 Gramm Palettsoden (16 und 17).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 27. April:

21. Abt. 7 Uhr: Mitglieberversammlung, „Christburger Straße 14, Schulaula.

Wiesdorf, Kaulsdorf und Maßdorf. 7 1/2 Uhr: Gemeinsame Frauentagung Luthhalle Kaulsdorf, Adolfr. 25. Vortrag des Genossen Weiß.

Morgen, 28. April:

12. Abt. 7 Uhr: Jahrelang bei Köhlich, Rastauer Straße 1, Krauß, Mariannenplatz 22; Ullrich, Waldemarstr. 52.

21. Abt. Jahrelang in den bekannten Westfälischen.

28. Abt. 7 1/2 Uhr: Diskussionsabend. Für Hansviertel bei Trümper, Rensburger Straße 8; Volkensviertel bei Bahng. Spenerstr. 20; Friedrich-Wilhelmstr. bei Schüler, Hindenburgstr. 1.

41. Abt. 7 Uhr: Jahrelang in den bekannten Lokalen.

45. Abt. 7 1/2 Uhr: Jahrelang. Bezirk 1 bei Pole, Kolonnenstr. 15; Bezirk 2 im Wädhöfer, Samedenstr. 11.

Freiburg, 6 Uhr: Flugblätterverteilung. Treffpunkt: Restaurant Rühn, Bredstr. 3.

Riederinduhauen. 7 1/2 Uhr im Restaurant „Wilhelmshof“, Ralle-Wilhelm-Str. 64; Mitglieberversammlung, Tagesordnung; Die kommenden Wahlen. Referent: Genosse Wülfel.

Herrsdorf. 8 Uhr bei Köhlich, Waldemarstr. 52; Mitglieberversammlung, Bericht von der Konferenz im Landratsamt und der Kreisgeneralversammlung.

S. W. D. Aktionsausflug der N. O. W. Vereine. 5 1/2 Uhr: Aula Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 15; Versammlung sämtlicher Obleute und Vertrauensleute.

Jugendveranstaltungen.

Morgen 1/2 7 Uhr:

Konferenz sämtlicher Abteilungsvereine, Kassierer, Ordner zum Mai-Jugendtag im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof 1. III.

